

Auftragsbekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

1. Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

a) Hauptauftraggeber (zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle)

Name: Landeshauptstadt Magdeburg, Die
Oberbürgermeisterin, Zentrale Vergabestelle
Straße, Hausnummer: (Sitz) Katzensprung 2
Postleitzahl (PLZ): 39090
Ort: Magdeburg
Telefon: +49 391 5402685
Telefax: +49 391 5405323
E-Mail: vergabestelle@ra.magdeburg.de

b) Zuschlag erteilende Stelle

Wie Hauptauftraggeber siehe a)

2. Angaben zum Verfahren

a) Verfahrensart

Öffentliche Ausschreibung nach UVgO

b) Vertragsart

Liefer- / Dienstleistungsauftrag

c) Geschäftszeichen

30-ZV-0038/26

3. Angaben zu Angeboten

a) Form der Angebote

- elektronisch
- ohne elektronische Signatur (Textform)

b) Fristen

Ablauf der Angebotsfrist

14.04.2026 - 08:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist

30.06.2026

c) Sprache

Deutsch (gilt auch für Rückfragen und Schriftverkehr)

4. Angaben zu Vergabeunterlagen

a) Vertraulichkeit

Die Vergabeunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter
<https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=846862>

b) Zugriff auf die Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt

c) Zuständige Stelle

Hauptauftraggeber siehe 1.a)

d) Anforderungsfrist

14.04.2026 - 08:00 Uhr

5. Angaben zur Leistung

a) Art und Umfang der Leistung

Herstellung und Versand der Wahlunterlagen für die Landeshauptstadt Magdeburg zur Landtagswahl 2026 in Sachsen-Anhalt

Los 1 - Herstellung und Versand der Wahlbenachrichtigungen für die Landtagswahl 2026:

Gegenstand des Auftrages: Druck, Kuvertierung und Zustellung der Wahlbenachrichtigungen für die Landtagswahl 2026 mit Merkblatt/ Muster Beiblatt.

Los 2 - Versand der Briefwahlunterlagen für die Landtagswahl 2026:

Gegenstand des Auftrages: Abholung und Versand der Briefwahlunterlagen für die Landtagswahl 2026.

b) CPV-Codes

Hauptteil (1):

Briefpostdienste (64112000-4)

Hauptteil (2):

Postdienste (64110000-0)

Hauptteil (3):

Post- und Fernmeldedienste (64000000-6)

Hauptteil (4):

Drucksachen und zugehörige Erzeugnisse (22000000-0)

Hauptteil (5):

Wahlformulare (22821000-1)

c) Ort der Leistungserbringung

Landeshauptstadt Magdeburg

Briefwahlstelle der Landeshauptstadt Magdeburg

Katzensprung 2

39104 Magdeburg

6. Angaben zu Losen

a) Anzahl, Größe und Art der Lose

Los 1 - Herstellung und Versand der Wahlbenachrichtigungen für die Landtagswahl 2026:

Gegenstand der Leistung ist der Druck, die Kuvertierung und die Zustellung der Wahlbenachrichtigungen an jeweils ca. 185.000 Wahlberechtigte zur Landtagswahl 2026 innerhalb des Stadtgebietes der Landeshauptstadt Magdeburg. Die Adressdaten werden elektronisch lesbar übergeben. Der Ausdruck hat auf Papier DIN A4, 80 g/m², weiß zu erfolgen. Neben den Wahlbenachrichtigungen erhält der AN vom AG ein Merkblatt für alle Wahlberechtigten (siehe Muster, Aufdruck einfarbig schwarz, zweiseitig). Dieses ist auf Papier DIN A4, 80 g/m², weiß, zu drucken. Für den Versand der Wahlbenachrichtigungen sind Briefumschläge im Format 11,4 x 23 cm mit Fenster zu verwenden.

Los 2 - Versand der Briefwahlunterlagen für die Landtagswahl 2026:

Gegenstand der Leistung ist der Versand der Briefwahlunterlagen an die antragstellenden Wahlberechtigten (geschätztes Volumen ca. 55.000 Stück). Inhalt: Kombi-Wahlschein mit Wahlumschlag, Stimmzettel, Stimmzettelumschlag sowie Merkblatt, Versandumschlag im Format DIN C5.

b) Angebote für Lose

Angebote sind möglich für

alle Lose

c) Vergabe von Losen

Maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben werden können: 2

7. Zulassung von Nebenangeboten

Nein

8. Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Los 1:

Beginn der Ausführung: 06.07.2026

Ende der Ausführung: 16.08.2026

Gemäß 0038_26 Los 1 - Leistungsbeschreibung Leistungsverzeichnis:

Die Zustellung muss spätestens am 16.08.2026 erfolgt sein (§ 15 Landeswahlordnung ST).

Los 2:

Beginn der Ausführung: 03.08.2026

Ende der Ausführung: 04.09.2026

Gemäß 0038_26 Los 2 - Leistungsbeschreibung Leistungsverzeichnis:

Die Abholung der Sendungen hat ab 3. August 2026 arbeitstäglich aus der Briefwahlstelle der LH MD, Katzensprung 2, zu erfolgen.

Die Anlieferung der dafür benötigten Postkisten hat bis zum 31. Juli 2026 zu erfolgen.

10. Wesentliche Zahlungsbedingungen

Abschlags- und Schlusszahlungen im Rahmen der Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen - Teil B (VOL/B).

11. Unterlagen und Anforderungen zur Beurteilung der Eignung des Bieters und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen/Nachweise einzureichen:

- Formblatt 633 (Angebotsschreiben)
- Teile der Leistungsbeschreibung:
 - 0038_26 Los 1 - Leistungsbeschreibung_Leistungsverzeichnis
 - 0038_26 Los 2 - Leistungsbeschreibung_Leistungsverzeichnis
- Formblatt 234 (Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft) von allen Mitgliedern, sofern erforderlich
- Namentliches Verzeichnis der Leistungen von Nachunternehmern und Verleihern, sofern erforderlich
- Eigenerklärung gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen) von jedem nicht präqualifizierten Bieter/jedem nicht präqualifizierten Mitglied der Bietergemeinschaft oder Nachweis eines Eintrages in einem amtlichen Verzeichnis entsprechend § 35 Abs. 6 UVgO (z.B. Zertifizierung nach AVPQ im Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen der Industrie und Handelskammern für den Liefer- und Dienstleistungsbereich) mit dazugehöriger Zertifikatsnummer vom präqualifizierten Bieter/jedem präqualifizierten Mitglied der Bietergemeinschaft
- 3 Referenzen mit dem Nachweis der Durchführung vergleichbarer Großaufträge im Zusammenhang mit Wahlen in den letzten 5 Jahren je Los gemäß 0038_26 Bewertungskriterien
- Konzept für die Umsetzung der ausgeschriebenen Leistung je Los gemäß 0038_26 Bewertungskriterien
- Muster des AN eines Vertrages zur Auftragsdatenverarbeitung nach § 8 DSGVO LSA gemäß 0038_26 Los 1 - Leistungsbeschreibung_Leistungsverzeichnis - Nr. 2

Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind folgende Unterlagen/Nachweise einzureichen:

- Formblatt 236 (Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen [sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle weiterhin vor, die Originale zu verlangen])
- Formblatt 234 (Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft) von allen Mitgliedern
- Eigenerklärung gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen) von jedem nicht präqualifizierten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer sowie von jedem nicht präqualifizierten Verleiher (andere nicht präqualifizierte Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden [Eignungsleihe]) oder Nachweis eines Eintrages in einem amtlichen Verzeichnis entsprechend § 35 Abs. 6 UVgO (z.B. Zertifizierung nach AVPQ im Amtlichen Verzeichnis präqualifizierter Unternehmen der Industrie und Handelskammern für den Liefer- und Dienstleistungsbereich) mit dazugehöriger Zertifikatsnummer von jedem präqualifizierten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer sowie von jedem präqualifizierten Verleiher (andere Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden [Eignungsleihe])
- Benennung der Zahl, der in den letzten drei Jahren jahresdurchschnittlich Beschäftigten vom nicht präqualifizierten Bieter/jedem nicht präqualifizierten Mitglied der

Bietergemeinschaft, von jedem nicht präqualifizierten Nachunternehmer
 /Unterauftragnehmer und von jedem nicht präqualifizierten Verleiher (andere
 Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden [Eignungsleihe])
 gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen)
 - Benennung der für die Leitung vorgesehenen Personen für die ausgeschriebene
 Leistung vom nicht präqualifizierten Bieter/jedem nicht präqualifizierten Mitglied der
 Bietergemeinschaft, von jedem nicht präqualifizierten Nachunternehmer
 /Unterauftragnehmer und von jedem nicht präqualifizierten Verleiher (andere
 Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch genommen werden [Eignungsleihe])
 gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen)
 - eine entsprechende Bescheinigung bzgl. einer Eintragung in das Berufsregister des
 Sitzes oder Wohnsitzes (im Original, sofern gültig nur im Original) vom nicht
 präqualifizierten Bieter/jedem nicht präqualifizierten Mitglied der Bietergemeinschaft,
 von jedem nicht präqualifizierten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer und von
 jedem nicht präqualifizierten Verleiher (andere Unternehmen, deren Kapazitäten in
 Anspruch genommen werden [Eignungsleihe]) gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung
 zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen)
 - Vorlage eines rechtskräftig bestätigten Insolvenzplanes (sofern zutreffend) vom nicht
 präqualifizierten Bieter/jedem nicht präqualifizierten Mitglied der Bietergemeinschaft,
 von jedem nicht präqualifizierten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer und von
 jedem nicht präqualifizierten Verleiher (andere Unternehmen, deren Kapazitäten in
 Anspruch genommen werden [Eignungsleihe]) gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung
 zur Eignung Liefer-/Dienstleistungen)
 - Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
 (im Original, sofern gültig nur im Original) vom nicht präqualifizierten Bieter/jedem
 nicht präqualifizierten Mitglied der Bietergemeinschaft, von jedem nicht
 präqualifizierten Nachunternehmer/Unterauftragnehmer und von jedem nicht
 präqualifizierten Verleiher (andere Unternehmen, deren Kapazitäten in Anspruch
 genommen werden [Eignungsleihe]) gemäß Formblatt 124 LD (Eigenerklärung zur
 Eignung Liefer-/Dienstleistungen)-

 WICHTIGER Hinweis: Ein präqualifiziertes Unternehmen hat sicherzustellen, dass
 hinterlegte Referenzen auf die ausgeschriebene Leistung anzuwenden sind. Dabei gelten
 die Anforderungen entsprechend dem Formblatt 124_LD (siehe
 Ausschreibungsunterlagen).

An die Auftragsdurchführung werden zusätzliche soziale Kriterien gestellt. Gemäß
 Tariftreue- und Vergabegesetz (TVergG LSA) sind auf gesondertes Verlangen der
 Vergabestelle vom Bestbieter/jedem Mitglied der Bietergemeinschaft Eigenerklärungen
 zu folgenden Paragraphen einzureichen:

- Eigenerklärungen zu den §§ 11, 14 TVergG LSA vom Bestbieter/jedem Mitglied der
 Bietergemeinschaft

- Eigenerklärungen zum § 11 TVergG LSA vom Nachunternehmer

Diese Formblätter liegen den Ausschreibungsunterlagen bei.

Hinweis zu § 8 TVergG:

Die Nachweise sind unter Berücksichtigung der Vorgaben in § 8 Abs. 2 TVergG LSA vom
 Bestbieter und den beiden nachrangigen Bietern in der oben beschriebenen Form
 vorzulegen. Sofern die Nachweise nicht schon mit der Einreichung des Angebotes
 einzureichen sind, sondern erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, hat die
 Vorlage der Unterlagen innerhalb von 10 Kalendertagen zu erfolgen. Die Frist beginnt
 mit dem Tag nach Absendung der Aufforderung.

Bei einer beabsichtigten Beauftragung von Nachunternehmern durch den Bestbieter werden an diesen die gleichen Anforderungen an die Vorlage der Nachweise und Erklärungen gestellt, wie sie für den Bestbieter vorgesehen sind.

Hinweis: Nachweise können in Textform eingereicht werden. Soweit jedoch Nachweise nur im Original gültig sind, sind diese der Vergabestelle im Original vorzulegen

12. Zuschlagskriterien

Gemäß Anlage 0038_26 Bewertungskriterien:

Preis: 30 Punkte

Qualität: 30 Punkte

Beim Zuschlagskriterium Preis sind maximal 30 Punkte zu erzielen, beim Kriterium Qualität ebenfalls 30 Punkte, damit sind beide Kriterien gleich gewichtet. Den Zuschlag erhält der Bieter mit der höchsten Punktzahl über alle Kriterien.

13. Rechtsform, die eine Bietergemeinschaft nach Zuschlagserteilung annehmen muss

Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch.

14. Sonstige Angaben

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, bei Verzögerung des Anschlussvertrags, den Leistungszeitraum einseitig zu den festgelegten Konditionen solange zu verlängern, bis das nachfolgende Ausschreibungsverfahren abgeschlossen ist.

Die nicht fristgerechte Vorlage der verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise führen zum Wertungsausschluss des Angebotes.

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Unternehmen während der Angebotseinreichungsphase (z.B. Bereitstellung von Bieterinformationen) erfolgt ausschließlich elektronisch über die eVergabe-Plattform www.evergabe-online.de. Die Unternehmen haben u.a. bei Bieterfragen und beim Hochladen von elektronischen Angeboten AnAWeb, das Dienstprogramm der eVergabe-Plattform für Unternehmen, zu verwenden.

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Unternehmen während der Auswertungsphase erfolgt grundsätzlich elektronisch über die eVergabe-Plattform www.evergabe-online.de. Die Vergabestelle stellt gegebenenfalls notwendige Informationen, Nachforderungen, Aufklärungsaufforderungen usw. über diese Plattform zur Verfügung sowie bei Erfordernis auch über einen anderen Kommunikationskanal.

Die von der Vergabestelle geforderten Unterlagen sind entsprechend der konkret benannten Vorgaben von den Bietern einzureichen.

Zu § 8 TVergG LSA:

Die Nachweise sind unter Berücksichtigung der Vorgaben in § 8 Abs. 2 TVergG LSA vom Bestbieter und den beiden nachrangigen Bietern in der oben beschriebenen Form vorzulegen. Sofern die Nachweise nicht schon mit der Einreichung des Angebotes

einzureichen sind, sondern erst auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, hat die Vorlage der Unterlagen innerhalb von 10 Kalendertagen zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem Tag nach Absendung der Aufforderung.

Bei einer beabsichtigten Beauftragung von Nachunternehmern durch den Bestbieter werden an diesen die gleichen Anforderungen an die Vorlage der Nachweise und Erklärungen gestellt, wie sie für den Bestbieter vorgesehen sind.

Hinweis: Nachweise können in Textform eingereicht werden. Soweit jedoch Nachweise nur im Original gültig sind, sind diese der Vergabestelle im Original vorzulegen

Die Zuschlagserteilung erfolgt elektronisch.

Informationen über die Zulässigkeit des Nachprüfungsverfahrens gemäß § 19 TVergG LSA

Ein Nachprüfungsverfahren wird nur auf schriftlichen oder elektronischen Antrag vor der Nachprüfungsbehörde durchgeführt. Der Nachprüfungsantrag ist nur dann zulässig, wenn:

- der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von sieben Kalendertagen schriftlich oder elektronisch gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich oder elektronisch gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich oder elektronisch gerügt werden, oder
- mehr als 10 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Zuständige Nachprüfungsbehörde ist:

das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt3. Vergabekammer, Ernst - Kamieth - Straße 2, 06112 Halle (Saale)

Es gilt deutsches Recht.